



Am 17. Mai 1973 begann die Geschichte der Mitträgerschaft des Baselbiets

Seit 50 Jahren ist der Kanton Basel-Landschaft Teil der Universität Basel



Seit 50 Jahren beteiligt sich der Kanton Basel-Landschaft an der Universität Basel.

Am 17. Mai 1973 überwies der Baselbieter Landrat eine Motion von FDP-Landrat Roger Blum, in welcher der spätere Professor für Medienwissenschaften von der Regierung eine «Mitbeteiligung an der Universität Basel» fordert. Auch wenn hinterher noch zahlreiche weitere Schritte folgen, so ist das Datum als Beginn der Mitträgerschaft zu betrachten. Denn die Form der Motion zwang die Regierung zum Handeln.

Der Geburtstag jährte sich vor wenigen Tagen zum 50. Mal – Grund genug, um mit einer Spezialausgabe des «UniPLUS» zurückzuschauen. Schliesslich führte Roger Blums Vorstoss auch dazu, dass zwanzig Jahre später im Hinblick auf eine Volksabstimmung der Förderverein Universität Basel (FUB) ins Leben gerufen wurde. Der Binninger FDP-Landrat Werner Schneider, der bereits 1970 mit einem Postulat eine finanzielle Beteiligung gleich an mehreren Zentrumsleistungen der Stadt angeregt hatte, wurde erster FUB-Präsident.

Ausschlaggebend für Blums Motion waren die finanziellen Nöte, in denen die älteste Universität des Landes damals steckte. Sie lösten sogar Diskussionen über Streichungen im Studienangebot oder über einen Numerus clausus aus.

In der Entwicklung der Zusammenarbeit ist vor allem der 11. März 2007 hervorzuheben. An diesem Tag sprach sich das Baselbieter Stimmvolk mit 85 Prozent Ja-Stimmen für eine paritätische Trägerschaft der Universität durch den Landkanton aus. Diese wurde dadurch zur ersten Universität der Schweiz, die von zwei Kantonen getragen wurde. Das neue Modell führte sogar dazu, dass der neue Mitträger aufgrund der höheren Zahl Studierender auf seinem Gebiet vorübergehend zum grösseren Netto-Zahler wurde als der Standortkanton. Auch wurde er zum gleichberechtigten Partner. So teilen sich die beiden Trägerkantone auch zehn der elf Mitglieder im Universitätsrat paritätisch auf. Das elfte wird durch die Regenz, dem

Uni-internen Konsultationsgremium, bestimmt. Auch das Präsidium, das aktuell der Baselbieter Dr. Beat Oberlin inne hat, wechselt alternierend.

Ende dieses Jahrzehnts wird das Baselbiet selber sogar zum Uni-Standort. Dann werden rund 2500 Studierende der Wirtschaftswissenschaftlichen und der Juristischen Fakultät, das sind rund ein Fünftel der gesamten Hochschule, in den Neubau auf dem Dreispitz auf Münchensteiner Boden ziehen. Grundeigentümerin ist dort die Christoph-Merian-Stiftung. Baselland leitet die Planung und tritt als Investor auf.

Setzt dieses immer konkreter werdende Projekt den Schlusspunkt hinter diese Geschichte? «Nein», sagt der frühere Baselbieter Regierungsrat und Erziehungsdirektor Peter Schmid im Interview mit «UniPLUS», «vorbei ist diese Geschichte nie.»

Inhalt

2

Stichwort im Rückblick von Roger Blum ist auch die Abstimmung von 1969 zur Wiedervereinigung.

3

Der frühere Regierungsrat Peter Schmid sagt, dass die Bildungspolitik über der Parteipolitik stehe.

4

Baudirektor Isaac Reber bringen die Vorzüge des neuen Uni-Standorts im Dreispitz ins Schwärmen.

Roger Blum blickt zurück: Vor 50 Jahren begann Basellbieter Beteiligung an der Universität Basel

Die Motion am Anfang der Partnerschaft



In den frühen 1970er Jahren geriet die Universität Basel in finanzielle Schwierigkeiten. Das hatte damit zu tun, dass die Kosten stiegen, aber die Bundesbeiträge stagnierten und der Kanton Basel-Stadt an seine Grenzen stiess. Denn jeden Basler und jede Baslerin kostete die Universität fünfmal so viel wie die Menschen in den Kantonen Zürich oder Bern – nicht weil die Universität Basel teuer war, sondern weil der Stadtkanton am Rhein verhältnismässig klein ist. In dieser Situation standen verschiedene «Lösungen» zur Debatte:

- Ganze Fakultäten werden geschlossen. Das kam aber für die älteste Universität der Schweiz nicht in Frage: Sie wollte eine Volluniversität mit allen wichtigen Fächern bleiben.
- Der Bund übernimmt die Fakultät der Naturwissenschaften. Dazu war aber die Eidgenossenschaft nicht bereit.
- Die Zahl der Studierenden wird durch einen Numerus clausus für auswärtige Studierende begrenzt, so dass mittelfristig auch die Lohnkosten für die Dozierenden sinken. Damit drohte der Basler Bildungsminister Arnold Schneider.
- Baselland springt ein und beteiligt sich. Dafür gab es einige Gründe.

Baselland war insofern ein gebranntes Kind, weil die höhere Bildung lange Zeit nur in Basel angeboten wurde. Als immer mehr Basellbieter Schülerinnen und Schüler die Gymnasien der Stadt besuchten, zog Basel in den fünfziger Jahren die Notbremse und sperrte die Unterstufe der Maturitätsschulen für Jugendliche aus der Landschaft. So war Baselland gezwungen, erst Progymnasien, dann Gymnasien aus dem Boden zu stampfen. Und jetzt war der Landkanton daran interessiert, seinen Maturandinnen und Maturanden Studienplätze sichern zu können. Baselland stellte 26 Prozent der Studierenden, Basel-Stadt 36 Prozent, und der Anteil der Basellbieter stieg weiter: 1984 waren es 34 Prozent und nur noch 33 Prozent aus

Basel-Stadt. Nach dem Nein des Basellbieter Volkes zur Wiedervereinigung mit Basel-Stadt im Jahr 1969 wollte man die Partnerschaft in den Verfassungen beider Kantone verankern. So wurde die Universität zu einem ersten Prüfstein für diese Partnerschaft. Zwar gab es finanzielle Bedenken gegen die basellandschaftliche Beteiligung und auch die Forderung, zuerst den Lastenausgleich insgesamt zu betrachten.

Doch schon 1970 überwies der Landrat ein Postulat des Freisinnigen Werner Schneider, welches die Regierung einlud, eine Mitbeteiligung von Baselland an der Universität Basel anzustreben. Tatsächlich führten die beiden Kantonsregierungen dann Gespräche, waren aber in ihren Positionen noch weit voneinander entfernt, und als das Basellbieter Volk 1972 ein Zuschlagsteuergesetz verwarf, brach die Basellbieter Regierung die Verhandlungen ab, verschwieg dies aber dem Landrat.

Ich war damals ein junges Landratsmitglied von knapp 28 Jahren, als ich in einem gemeinsamen Gremium der Freisinnigen beider Kantone von Regierungsrat Arnold Schneider erfuhr, dass die Verhandlungen tot seien und dass er sich jetzt einen Numerus clausus überlege. Für mich war das das Signal zum Handeln: Mit einer Motion, hinter die 41 Parlamentsmitglieder, mithin die Mehrheit des damals 80köpfigen Landrates, ihre Unterschrift setzten, verlangte ich sofortige Verhandlungen mit Basel-Stadt, damit von 1975 an die basellandschaftliche Mitbeteiligung an der Universität Basel läuft.

Am 17. Mai 1973, also vor 50 Jahren, diskutierte der Landrat über die Motion. Bildungsminister Leo Lejeune wollte den Vorstoss nur in der unverbindlichen Form des Postulats übernehmen, doch ich beharrte auf der Motion und schwächte lediglich die Frist, bis wann ein Vertrag vorliegen müsse, ab. Auch der Landrat wollte jetzt Pflöcke einschlagen und hiess die Motion mit 44 gegen 10 Stimmen gut. Damit gab er der Regierung den verbindlichen Auftrag zum Basellbieter Engagement an der Universität Basel.

Und der Landrat tat noch etwas Zweites, um die Marschroute zu bestimmen: Er setzte eine Kommission ein, die die Verhandlungen begleiten sollte. Mir wurde der Vorsitz übertragen. Diese Kommission liess sich von der Basellbieter Regierung periodisch über die Gespräche mit Basel-Stadt unterrichten. Sie

tauschte sich mit der Basler Grossratskommission aus, die das neue Universitätsgesetz beriet. Sie führte Hearings durch mit Verantwortlichen der Universität Basel. Und sie formulierte zehn Leitsätze als Orientierungsrahmen für die Verhandlungen, und daran angelehnt erarbeitete die Basellbieter Regierung dann ihr Verhandlungspapier.

Im Herbst 1974 erhielt der Landrat sowohl einen Bericht dieser Kommission als auch eine Gesetzes- und Vertragsvorlage des Regierungsrates. Nacheinander schloffen sich das Basellbieter Volk am 13. Juni 1976 darüber abstimmen, und es sagte mit 35'549 gegen 10'211 Stimmen Ja zur Universitätsbeteiligung. Der Ja-Anteil betrug sage und schreibe 77,7 Prozent! Dies zeigte, dass die Stimmberechtigten es richtig und vernünftig fanden, dass die Qualität der Universität Basel nicht geschmälert wird und dass ihre Tore für die Basellbieter Maturandinnen und Maturanden weiterhin offenstehen.

Die über 550 Jahre alte Universität, an der Professoren wie der Mediziner Theophrastus Paracelsus, der Historiker Jacob Burckhardt, der Theologe Karl Barth oder der Philosoph Karl Jaspers gelehrt hatten, war mehrmals in ihrer Existenz bedroht, etwa nach der Reformation oder nach der Französischen Revolution. 1833, nach der Trennung von Stadt und Land, als zwei Drittel des Staatsvermögens an Baselland gingen, waren es Private, die auf Initiative von Ratsherr und Rechtsprofessor Andreas Heusler mit der «Freiwilligen Akademischen Gesellschaft» die Universität durch Spenden retteten. Nach 1973 war es der Nachbarkanton, der der Hochschule zur längerfristigen Stabilität verhalf. Zwar gab es im Vertragsverhältnis auch Probleme, Krisen und ein Auf und Ab, aber der Weg führte schliesslich zur Universität beider Basel.

rbf

Zum Autor

Roger Blum (78), der Autor dieses Beitrags, wuchs in Liestal auf, war von 1971 bis 1978 Landrat (FDP) und 20 Jahre lang Professor für Kommunikations- und Medienwissenschaft. Heute lebt er in Köln. Dieser Artikel erschien am 16. Mai in der Sissacher «Volksstimme», die uns den Abdruck erlaubte.

Peter Schmid, der frühere Baselbieter Regierungsrat und Erziehungsdirektor, blickt zurück

«Wissenschaft und Forschung kennen keine Kantonsgrenzen»



Dr. h.c. Peter Schmid (72) wurde 1975 und damit zwei Jahre nach der Überweisung der «Motion Blum» in den Baselbieter Landrat gewählt. Als SP-Regierungsrat und Erziehungsdirektor erlebte er von 1989 bis 2003 die Entwicklung zur «Universität beider Basel» hautnah. Er gehörte dem ersten Universitätsrat an.

Herr Schmid, als wie bedeutend stufen Sie die Motion von Roger Blum ein, wenn Sie heute auf die 50-Jahre umfassende Entwicklung zu einer paritätisch getragenen Universität Basel zurückblicken?

Peter Schmid:

Das war ein ganz bedeutender Start zu einer langen, erfolgreichen Entwicklung. Natürlich folgt auf jeden Auftakt eine längere Entwicklungsgeschichte; es wurden seither viele wichtige Etappen erreicht. Doch ohne Startschuss gibt es kein Rennen auf ein Ziel hin.

Auffallend ist, dass sich damals vor allem Exponenten der FDP wie Roger Blum, Werner Schneider und Jean-Luc Nordmann in Szene setzten. Wo blieb Ihre SP?

Ich war damals noch nicht Mitglied des Landrats und kenne die Einzelheiten der Entstehungsgeschichte der Motion nicht. Die Landratsprotokolle dürften allerdings zeigen, dass die SP-Fraktion den Vorstoss unterstützte. Mit einem Augenzwinkern füge ich hinzu: Die FDP sorgte für die Motion, und drei sozialdemokratische Bildungsdirektoren sorgten anschliessend

für die Umsetzung. Im Ernst: die drei genannten Freisinnigen hatten ohne Zweifel grosse Verdienste. Werner Schneider war später für mich einer der wichtigen Gesprächspartner. Und ja, die FDP vergass während meiner Zeit als Landrat und Regierungsrat nie, dass sie den Startschuss in Richtung einer gemeinsamen Universität gaben. Ich finde es aber bemerkenswert, dass die meisten Fraktionen eine partnerschaftliche Universitätspolitik unterstützten.

Nahmen Sie in Ihren 14 Amtsjahren auch eine Entwicklung wahr?

Ja, eine sehr starke sogar. Es war eine erstaunliche Aufbruchsstimmung zu spüren. Ein Schritt folgte dem andern. Auch die Zustimmung in einer ersten Volksabstimmung war ein Meilenstein. Mein Nachfolger Urs Wüthrich, ebenfalls ein starker Förderer, konnte am 11. März 2007 schliesslich die paritätische Trägerschaft in einer Volksabstimmung mit 85 Prozent Ja-Stimmen erreichen.

Gab es keine Widerstände zu überwinden?

Die gab es schon, aber nie massive. Ich sah drei Herausforderungen. Einerseits galt es, die wichtige Freiheit von Lehre und Forschung zu schützen. Zugleich war es wichtig, dass die Universität sich der Öffentlichkeit verpflichtet fühlt und verständlich erklärt, was sie tut. Schliesslich schränkt eine interkantonale Trägerschaft die Rechte der Parlamente etwas ein und stärkt den Einfluss der Regierungen. Damit gilt es behutsam umzugehen.

In vielleicht acht Jahren werden zwei Fakultäten der Universität auf dem Dreispitz-Areal auf Baselbieter Boden ihren Lehrbetrieb aufnehmen. Ist damit das Ende dieser Entwicklung erreicht?

Die Vision auf dem Dreispitz ist mir als ehemaligem FHNW-Präsidenten vertraut. Mit der Hochschule für Gestaltung und Kunst FHNW wurde so etwas wie ein Grundstein gelegt. Das Dreispitz-Areal hat Potential für die Zukunft. Ein vollständiges Ende der Zusammenarbeit ist nicht in Sicht.

Was die Zukunft bringen wird, weiss ich nicht. Aber vorbei ist diese Geschichte nie.

Wie erlebten Sie die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt?

Es ist mir ein Anliegen zu unterstreichen: Basel-Stadt erwies sich in all den Jahren als wert- und vor allem rücksichtsvoller Partner mit einem starken Sensorium für die Befindlichkeiten des Baselbiets. Ich denke sehr gerne an die Zusammenarbeit zurück. Es geht um Wissenschaft und Forschung und die kennen bekanntlich keine Kantonsgrenzen. Das Baselbiet darf ruhig weiterhin über sich hinauswachsen.

jg

Meistens in der Hand der Sozialdemokraten

Die Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, wie sie heute heisst, wurde seit Roger Blums Motion vor 50 Jahren bis zum Jahr 2015 immer von sozialdemokratischen Regierungsräten geleitet. Einzig ab 1987 lag sie für zwei Jahre in den Händen des Freisinnigen Hans Fünfschilling (Binningen). Den Auftrag des Parlaments, den Vorstoss zur Universität Basel umzusetzen, nahm Leo Lejeune (Muttentz) entgegen. Zuvor im Nationalrat, leitete Lejeune die damalige Erziehungs- und Militärdirektion von 1959 bis 1975. Auf ihn folgte sein Genosse Peter Jenni (Frenkendorf, 1975 bis 1987). Zu Jennis Kurzzeit-Nachfolger Fünfschilling wurden erst Peter Schmid (Muttentz, 1989 bis 2003) und darauf Urs Wüthrich (Sissach, 2003 bis 2015) gewählt. Wüthrich übernahm nach seiner Amtszeit das FUB-Präsidium. Seit 2015 leitet FDP-Regierungsrätin Monica Gschwind die Direktion.

Zwei Fakultäten siedeln sich auf dem Dreispitz auf MÜNCHENSTEINER Boden an

«Mit dem Neubau endgültig der Mitträger der Universität Basel»



Die Visualisierung des neuen Uni-Geländes im Dreispitz.

«Wir erhalten einen grossartigen Universitäts-Standort hier», schwärmt Regierungsrat Isaac Reber, der Baselbieter Bau- und Umweltdirektor. Er führt eine Gruppe Interessierter über das 50 Hektaren grosse Dreispitzareal, zeigt ihr die neu gebaute und in einen Standort gebündelte Hochschule für Gestaltung und Kunst der Fachhochschule Nordwestschweiz, das noch im Bau befindliche Kunsthaus Baselland sowie das Museum der elektronischen Künste. Zudem weist der Regierungsrat der Grünen auf das dort angesiedelte Konsulat von Dänemark hin, Es steht für ihn als Zeichen, dass sich der Dreispitz, über Jahrzehnte eine Terra incognita, zu einem Vorzeige-Quartier entwickelt hat.

«Und hier kommt die Universität Basel hin», sagt er schliesslich. Die Wirtschaftswissenschaftliche und die Juristische Fakultät der Universität Basel werden Ende des Jahrzehnts auf dem Dreispitz-Areal auf MÜNCHENSTEINER Boden ihren neuen Stand-

ort erhalten. Seit nunmehr einem Jahr stehen der Kanton Baselland und damit Rebers Direktion ganz im Sinn einer paritätischen Trägerschaft in der Verantwortung für das Projekt.

«Um den langfristigen Transformationsprozess auf dem Dreispitz zu steuern, bedarf es eines flexiblen Planungsinstrumentes», schreibt die Christoph-Merian-Stiftung, die Eigentümerin des riesigen Areals, in ihrem eben erschienenen Jahresbericht, «es braucht eine zeitlich und räumlich etappierte Entwicklung der einzelnen Quartiere.» Wie dabei das künftige Uni-Quartier, zu dem auch ein Campus gehören soll, aussehen könnte, verriet die CMS der Öffentlichkeit bereits vor einem Jahr. Dabei sollen auch ökologische Aspekte wie Anbindung und Hitzeinseleffekte berücksichtigt werden. Dazu hat die CMS einen flexiblen «Plan Guide» geschaffen.

Auch wenn alle politischen Prozesse noch bevorstehen und noch über keine genaueren Kosten gesprochen wird, so konkretisieren sich die Ideen für das neue Uni-Quartier zusehends. Ohne die Geschichte des Freilagers mit seinen Industrie- und Lagerräumen zu beseitigen, soll «ein zeitgemässes, modernes Quartier und ein neuer, unverwechselbarer Ort mit starker Identität» entstehen, schreibt die CMS. Die beiden Fakultäten, die zusammen rund 2500 Studierende zählen, sind gegenwärtig noch in der Umgebung des Bahnhofs SBB eingemietet.

impresum

Herausgeber

Förderverein Universität Basel,
Peter Manzoni
Postfach 204
4009 Basel
fub.sekretariat@gmail.com

Präsident

Prof. Dr. Marcel Tanner

Redaktion

Jürg Gohl
juerg.gohl@bluewin.ch

Beiträge

Roger Blum (rbl), Jürg Gohl (jg)

Gestaltung / Satz / Bildbearbeitung

Patrick Sayer Grafik, Binningen
info@sayer.ch

Druck

Druckerei Bloch AG
Auflage dieser Ausgabe: 1150 Ex.

Website

www.foerderverein-unibasel.ch

Fotos

Pressedienst Universität Basel (1), ZVG (3 und 4), Blaser Architekten (4).

Isaac Reber wird beim Rundgang nicht müde, all die Vorzüge des neuen Standorts aufzuzählen. «Es ist ein Bekenntnis: Wir bauen hier für die Universität Basel», sagt der Bau- und Umweltschutzminister, «damit werden wir endgültig zu ihrem gleichwertigen Mitträger.»

jg

Das andere Beispiel: Department für Sport der Universität bereits im Landkanton daheim

Der Sport bewegt sich in die Brügglinger Ebene

Seit zwei Jahren ist das Departement Sport, Bewegung und Gesundheit der Universität Basel in der Brügglinger Ebene neben der St. Jakobshalle beheimatet. Dem im April 2019 begonnenen und im November 2021 eingeweihten Neubau auf MÜNCHENSTEINER Boden kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil in der

101-jährigen Geschichte das Departement erstmals alle Lehr- und Forschungseinrichtungen unter einem Dach vereinen kann. Zudem handelt es sich um den ersten Neubau der Universität Basel auf Baselbieter Boden. Der Bau weist eine Geschossfläche von rund 8700 Quadratmeter auf und bietet Platz für rund 600

Studierende und 100 Mitarbeitende. «Die Universität Basel ist definitiv im Basellbiet angekommen», sagte Dr. Beat Oberlin, der Präsident des Universitätsrats, an der Eröffnung. Die Lage ist ideal, weil sich in unmittelbarer Nachbarschaft die Eishalle, das Schwimmbad und die Sportanlagen St. Jakob befinden.

jg